

sammenfassen: die pneumatische Erschütterung hat die Konzilsväter erfaßt, die Erwartung des Papstes geht in Erfüllung. Und damit gewinnt der überaus vorsichtige und erfreulich zurückhaltende Bericht von Professor Edmund Schlink mit seinem prophetischen Titel heute, ein Jahr nachdem er erstattet worden ist, eine tiefe Wahrheit.

Es sei zum Schluß vermerkt, daß dem Vortrag als Anhang ein vollständiger bibliographischer Nachweis der bisher gedruckten Referate der 22 Tagungen angefügt ist, so daß es vielen möglich gemacht wird, an dieser verborgenen Vorgeschichte des Konzils teilzunehmen, die seit 16 Jahren anhand dieser Unterlagen auch in Rom studiert worden ist.

Aus der islamischen Welt

Der arabische Sozialismus Nassers

Wir berichteten vor einem Jahr über die von Nasser angestrebte oder teilweise verwirklichte arabisch-sozialistische Revolution (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 71 ff.). Als die Sozialisierungen in der Vereinigten Arabischen Republik einen gewissen Höhepunkt erreicht hatten, kam es zur Sezession Syriens, zu der das sozialistische Programm Nassers wenigstens bei den bürgerlichen Kreisen beigetragen hatte. Ein Urteil darüber, wie weit die Sezession die sozialistische Politik Nassers beeinflusste, ist selbst heute noch nicht möglich. Als die Sezession erfolgte, waren die geplanten Sozialisierungen in Ägypten noch nicht abgeschlossen, so daß es möglich ist, daß die Maßnahmen der ägyptischen Regierung nicht eine Reaktion auf die Sezession, sondern die vielleicht etwas beschleunigte Ausführung einer seit langem geplanten Aktion waren.

Nassers großes Sozialisierungsprogramm mußte ohnehin zu einer beachtlichen Änderung der Innen- und Außenpolitik führen. Es wäre ohne einen gewissen Verzicht auf weitere Expansionen kaum durchführbar gewesen. Es gehört allerdings zur Politik oder zum Charakter Nassers, geplante Aktionen schneller durchzuführen, um Fehlschläge auf anderen Gebieten auszugleichen und diese Reaktion dann als einen Vergeltungsakt gegenüber jenen Kreisen hinzustellen, die diese Fehlschläge angeblich oder wirklich verursacht haben. So verhielt es sich bei der Nationalisierung des Suezkanals, und so mag es sich bei der Liquidation des ägyptischen Bürgertums verhalten, die Nasser gleich nach der Sezession, für die er die bürgerlichen Reaktionäre verantwortlich machte, in Angriff nahm. Vielleicht geschah dies alles auch, um die Gefahren einer bürgerlichen Konterrevolution zu bannen.

Nassers politische Mythen

Das Ende der Union mit Syrien hatte Nasser gezeigt, daß sein Regime zwar in der Armee relativ fest verankert ist, daß es aber keinerlei Fundament im Volk hat. Die Parteien sind verboten, und Nassers Versuche, eigene politische Strukturen zu schaffen, wie etwa die „Nationale Union“, die dem Willen des Volkes Ausdruck verleihen sollten, scheiterten zwangsläufig daran, daß Nasser niemals die Absicht hatte, diesem in der Tat zweifelhaften Volkswillen zu willfahren, wenn er dem seinen nicht entsprach. Demokratische Institutionen lehnt Nasser ab, weil die vermögenden Klassen durch diese wieder zur Macht gelangen würden. Nach Nasser und nach anderen Diktatoren sind demokratische Institutionen bei einem Volk von unterernährten Analphabeten sinnlos. Die Überzeugung, daß es also gar keine Möglichkeit gäbe, den Willen des Volkes zu konsultieren und daß so jede in Frage kommende Regierungsform oder Politik bestenfalls

für das Volk, niemals aber durch das Volk realisiert werden könnte, hat Nasser allerdings kaum je ausgesprochen. In welchem Kreis sich seine Gedanken bewegen, zeigen seine Äußerungen über die Verstaatlichung der Presse: Zeitungen, die von Anzeigen abhängig sind, sind käuflich; damit eine Zeitung wirklich unabhängig bleibt, müsse sie dem Volk, d. h. dem Staat, gehören. Diese Gedankengänge führten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur Definition einer Staatsideologie, von der man kaum noch etwas anderes sagen kann, als daß sie sich bereits in der Welt des Mythos bewegt.

Am 21. Mai 1962 legte Nasser den Mitgliedern seiner neuen Einheitspartei und dem nationalen Volkskongreß ein Dokument vor, das sich „Entwurf einer nationalen Charta“ nennt und das so etwas wie eine ideologische Präambel zu einer zukünftigen ägyptischen Verfassung sein soll (weitere Zitate nach der „Neuen Zürcher Zeitung“, 2. 6. 62). Es ist dies die erste größere weltanschauliche Erklärung Nassers seit der Abfassung seiner völlig unphilosophischen „Philosophie der Revolution“. In diesem neuen Dokument deutet Nasser die Geschichte des ägyptischen Volkes als eine Abfolge von „Revolutionen des Volkes“, die von den reaktionären Kräften niedergeschlagen wurden, bis sie am 23. Juli 1952 (d. h. durch Nasser, in Wirklichkeit aber durch Nagib) zum Sieg gelangten. Neu an dieser These ist, daß Nasser nicht nur den Kolonialismus als Gegner hinstellt, sondern auch die einheimische „Reaktion“, womit Nasser offenbar die vermögenden Schichten meint. Nasser macht den Militärputsch von 1952, der nach seinem eigenen, wenn auch früherem Zeugnis alles andere als eine Volksbewegung war, zu einer wahren Erhebung des Volkes gegen Kolonialismus und Reaktion: „Was die Revolution vom 23. Juli 1952 besonders auszeichnet, ist die Tatsache, daß die Armee, die sie unternahm, nicht ihr Urheber war, sondern bloß ein Werkzeug des Volkes. Die wichtigste Handlung der revolutionären Vorhut, die in jener denkwürdigen Nacht vorstieß, lag darin, daß sie sich der Armee bemächtigte und ihr die einzige Stelle zuwies, die sie einnehmen konnte: den Platz an der Seite des kämpfenden Volkes.“

Diese Geschichtsfälschung, die man keinem Diktator zum Vorwurf machen wird, da sie doch die beliebteste Rechtfertigung der Diktatoren ist, ist in der Tat mehr als eine Fälschung. Sie leitet unmittelbar zum Mythos und zur Mystik über. Nachdem Nasser aufführt, wie die institutionellen Einrichtungen sicherstellen sollen, daß die (noch zu wählenden) Volksräte über die Produktionsmittel die Macht ausüben und daß diese Kräfte des Volkes den Vorrang vor der Exekutive haben sollten, spricht Nasser von einem „wirklichen Kommando“, das „die Begehren des Volkes fühlt und zum Ausdruck bringt“: „Die neue Konstitution muß die Rückkehr der Volksführung zu ihren

Basen organisieren! Wir müssen uns immer daran erinnern, daß die Basis ganz vom Geist der Revolution durchpulst ist und daß ihr revolutionärer Charakter und ihr ständiges Streben nach Fortschritt dem Kommando den revolutionären Geist einflößen werden.“ — Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, woher Nasser diese jüngsten Einsichten gekommen sind, die in ihrer Verworrenheit einen gewissen Höhepunkt in seiner weltanschaulichen Entwicklung darstellen. Entlarven wird in Ägypten diesen Unfug so bald keiner, und wie leicht er selbst von scheinbar gebildeten Menschen geglaubt werden kann, braucht man nicht erst am deutschen oder italienischen Beispiel zu demonstrieren.

Die Basis des arabischen Sozialismus

Der Mythos vom revolutionären Volk und die Führungsmystik werden nun zur Grundlage des „arabischen Sozialismus“ erhoben werden. An die Stelle der Klassen tritt bei Nasser das Volk, wobei man sich doch immer wieder fragen muß, wie ein Volk zugleich auch die reaktionären Kräfte hervorbringt. Nasser kann sich in dem obengenannten Dokument guten Glaubens gegen den Klassenkampf aussprechen: „Das ägyptische Volk verwirft die Diktatur irgendeiner sozialen Klasse und glaubt, daß eine wirkliche Demokratie nicht möglich sei, wenn nicht die Klassenunterschiede aufgehoben werden“ (zit. nach „Le Monde“, 23. 5. 62).

Die Aufhebung der Klassenunterschiede ohne Klassenkampf, die sich in der Tat in den kapitalistischen Ländern in ihren Anfängen abzuzeichnen beginnt, will Nasser offenbar durch ein System bewerkstelligen, das er „wissenschaftlichen Sozialismus“ nennt. Was er darunter versteht, haben wir nicht ermitteln können und können daher nur vermuten, daß das Beiwort „wissenschaftlich“ eher als rhetorische Floskel zu werten ist. Für die Praxis meint Nasser offenbar damit Folgendes: Der nationalisierte Sektor der Wirtschaft soll vorherrschend bleiben, aber auch der private Sektor soll dem Volke dienen und durch es kontrolliert werden. Darüber hinaus plant Nasser: ökonomische Planung auf allen Gebieten, gerechte Verteilung aller Güter, Priorität der Schwerindustrie vor der Leichtindustrie, progressive Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, Förderung kooperativer Bewegungen und Syndikate, denen politische Verantwortung übertragen werden soll (nach „Le Monde“, 23. 5. 62).

Wie sich die neuen Institutionen gestalten werden, die Nasser ins Leben rufen will, um sein Regime im Volk zu festigen, bleibt abzuwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Nationalen Union wird kaum mehr als ein neues Propagandainstrument zur Verbreitung und Exegese der nasserschen Ideen im Volke daraus werden. Nasser hat sich in seiner Regierung mit einer Gruppe von Ja-Sagern umgeben, und er erwartet, daß auch das Volk ihm zustimmt — auch wenn es nichts von dem, was er sagt, versteht. Die von ihm, wenn auch in Wirklichkeit nicht sehr ernsthaft geforderte Volksnähe der Regierung muß zwangsläufig an den gleichen Gegebenheiten scheitern wie die parlamentarische Demokratie. Der größte Teil des Volkes ist bedauernswerterweise nicht in der Lage, Nassers Politik zu begreifen, und kann eben nur dem Druck oder den Versprechungen und den Vergünstigungen folgen. Diejenigen Schichten des Volkes aber, die annähernd zu einer politischen Mündigkeit gelangt waren, diese schmale Schicht des Bürgertums, werden von Nasser systematisch zerstört.

Die Liquidation des ägyptischen Bürgertums

Nasser hat zwar den Klassenkampf als Mittel oder Ziel seiner arabischen sozialistischen Revolution abgelehnt, schritt aber bald nach der Sezession Syriens zu Maßnahmen, die man kaum noch anders als eine nassersche Variante des Klassenkampfes bezeichnen kann. Im Oktober 1961 kündigte Nasser eine neue revolutionäre Politik an, die sich vor allem gegen die vermögenden Kreise, die „Reaktionäre“, richtete. In den Veröffentlichungen der Regierungsorgane, d. h. in der ägyptischen Presse, wurde unverhüllt davon gesprochen, daß man die Macht der „reaktionären Kapitalisten“ brechen wolle, da ihnen mit Steuern nicht beizukommen sei. Als Begründung diente die syrische Sezession, die das Werk dieser Reaktionäre gewesen sei. Der Begriff Proletariat wurde zwar nicht verwendet, aber „Arbeiter und Bauernschaft“ sind seit dieser Zeit der Teil des Volkes, auf den Nasser seine Macht stützen will.

Die praktischen Maßnahmen liefen auf die Enteignung von etwa 700 Personen hinaus, von denen einige Dutzend verhaftet wurden („New York Times“, 23. 10. 61). Die Verfemung der vermögenden Familien, der „Millionäre“, bezweckt deren soziale und politische Isolierung. Die Zeitungen veröffentlichten Listen mit den Namen aller enteigneten Personen. Es mögen alles in allem etwa tausend der wohlhabendsten Familien gewesen sein, deren Vermögen unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, und zwar nicht nur das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern auch das persönliche Eigentum. Die Liquidation einer dem nasserschen Regime feindlich gestimmten sozialen Schicht ist zwar noch kein Klassenkampf; wenn aber eine soziale Schicht als ganze zu Volksfeinden erklärt ist, dann ist dies von einer eigenen Art des Klassenkampfes gewiß nicht mehr weit entfernt.

In der Tat wird Nasser nicht bei der Liquidation der Millionäre stehenbleiben. Sein Ziel ist offenbar die Liquidierung des gesamten Mittelstandes. Wie es scheint, wird er in Zukunft außer seinen eigenen Funktionären und einer schmalen Schicht von Technikern und Intellektuellen nur noch ein Kleinstbürgertum dulden. Davon ist zwar heute noch nicht die Rede, die Zersetzung des Mittelstandes hat aber in Wirklichkeit schon längst begonnen, und zwar so wie bei den Großunternehmen, nämlich bei den Ausländern. Die großen italienischen und griechischen Kolonien in Ägypten waren der einheimischen Bevölkerung wie der Regierung schon seit langem ein Anstoß. Neben einigen vermögenden Familien stellten diese Gruppen mit ihrer breiten Händler- und Handwerkerschicht und mit zahlreichen Angehörigen der freien Berufe einen Teil des ägyptischen Kleinbürgertums und des Mittelstandes. Die nachwachsende ägyptische Intelligenzschicht, die in Ägypten selber oft nur ein sehr spärliches Auskommen finden kann, hatte besonders durch die Konkurrenz in den freien Berufen zu leiden.

Die italienische Kolonie zählte zur Zeit der Suezkrise zwar nur noch 20 000 Seelen, war aber doch noch ein gewisser Faktor in der Wirtschaft des Landes. Die italienische Regierung zog es vor, diese Kolonie fast stillschweigend zu liquidieren, um die günstigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten nicht zu gefährden. Dies geschah nicht ohne erhebliche wirtschaftliche Verluste, da auch kleine Vermögen in Ägypten sequestriert wurden („Neue Zürcher Zeitung“, 3. 6. 61). Die Griechen, die ursprünglich etwa 100 000 Seelen zählten, die in Ägypten sehr viel fester verwurzelt waren und die in ihrer Heimat nur

schwer absorbiert werden können, zeigten viel weniger Neigung zur Auswanderung. Der Exodus der Griechen begann zwar schon nach der Suezkrise, erreichte aber erst 1961 und im Sommer 1962 unter dem Druck der ägyptischen Behörden seinen Höhepunkt. Alle Versuche der griechischen Regierung, Nassers Wohlwollen zu erhalten, scheiterten. Im Winter vergangenen Jahres entdeckte Nassers Polizei einen griechisch-israelischen Spionagering, und die Anfänge des Schauprozesses gegen 14 Griechen ließen es nach dem Prozeß gegen die französischen Diplomaten den Griechen geraten erscheinen, die Abwanderung zu beschleunigen, obgleich sie das Land fast mit leeren Händen verlassen mußten. Seitdem verlassen mehrere Hundert Griechen wöchentlich Ägypten. In einem Interview sagte Nasser zu einem griechischen Journalisten in aller Offenheit: Es bleibt ihnen (den Griechen) nichts anderes übrig, als von hier fortzugehen. Laßt dieses Land seinem Volke. Je schneller dies geschieht, desto besser („Proche Orient Chrétien“, Bd. XIII, Heft 1, S. 59). Fast die ganze jüdische Minderheit hatte schon vor und nach dem Suezkonflikt das Land verlassen müssen, und auch die Libanesen, die in Ägypten lebten, wurden nicht weniger von der Enteignung betroffen als nichtarabische Ausländer.

Diese Nationalisierungspolitik, die von einer gewöhnlichen Enteignung oder gewöhnlichem Raub nicht zu unterscheiden ist, zumal mit größeren Entschädigungen kaum gerechnet werden darf, scheint vorerst noch gegen ausländische Elemente gerichtet zu sein. Sie wird für eine gewisse Zahl ägyptischer Ärzte und kleiner Kaufleute bessere Existenzbedingungen in Ägypten schaffen. Darüber hinaus aber wird der ägyptische Mittelstand nicht mehr von der Abwanderung der fremden Kolonien profitieren, denn gerade der Zwischenhandel wird konsequent sozialisiert. Im Gegenteil, ist dieser Prozeß erst einmal abgeschlossen, dann bleibt im Mittelstand nur noch die relativ kleine genuin ägyptische Schicht, mit der Nasser ohne größere Schwierigkeiten fertig werden wird.

Die Ergebnisse des Sozialismus

Bisher kann Nasser auf einige beachtenswerte Erfolge zurückblicken. Etwa 80% der wichtigsten Unternehmen wurden nationalisiert (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 73), die großen Vermögen wurden beschlagnahmt, 60 000 landlose Familien sollen vorzeitig angesiedelt werden. Die Preise werden wenigstens auf den öffentlichen Märkten streng kontrolliert, so daß die durch die erhöhten Investitionen zwangsläufige inflationäre Tendenz wenigstens gestaut ist. Die Wahrung der Preisstabilität bei den wichtigsten Konsumgütern ist unter diesen Umständen eine beachtenswerte Leistung, um so mehr, als es hierbei bei den in Ägypten erzeugten Gütern zu keinen bemerkenswerten Verknappungen auf dem Warenmarkt gekommen ist. Das war nicht zuletzt dank der großen amerikanischen Lebensmittellieferungen möglich. Bei den öffentlichen Diensten und einigen Waren (besonders bei Medikamenten) gab es sogar Preissenkungen. Diese waren nicht nur deshalb möglich, weil die überhöhten Profite des Zwischenhandels nun vom Staat reduziert wurden, sondern vor allem deshalb, weil die Regierung die Kalkulation vorerst wenigstens willkürlich und ohne Rücksicht auf einen angemessenen Gewinn bestimmen konnte.

Im Mai vorigen Jahres, anläßlich des Beiramfestes, bei dem viel Geld für volkstümliche Vergnügungen ausgegeben wurde, entschloß sich Nasser zu einem eher spektaku-

lären als wirtschaftlich bedeutsamen Schritt, nämlich zur Auszahlung des gesetzlichen Anteils von Unternehmensgewinnen an die Arbeitnehmer. Die ersten ausgezahlten Gewinnanteile betragen 15 Millionen Ägypt. Pfund. Damit sind die Auszahlungen allerdings noch nicht abgeschlossen, denn bis zu diesem Zeitpunkt hatten noch nicht alle Unternehmen ihre Abrechnungen beendet. Die Größenordnung der Auszahlungen ergibt sich aus den von der Regierung festgesetzten Minimal- und Maximalzahlungen. Die Höchstgrenze ist mit 50 Ägypt. Pfund pro Jahr und Arbeiter festgesetzt. Das gesetzliche Minimum ist das Entgelt eines Monatsgehaltes bei Arbeitern, die nicht mehr als 0,25 Ägypt. Pfund pro Tag verdienen („Neue Zürcher Zeitung“, 17. 6. 62). Man schätzt die durchschnittliche Auszahlung bei Fabrikarbeitern auf 10—15 Ägypt. Pfund pro Jahr — vorausgesetzt daß die Unternehmen auch in Zukunft Gewinne ausweisen —, also auf etwas mehr als ein Monatseinkommen. Die Unternehmen, die keine Gewinne ausweisen, sollen einen Ausgleich aus den übermäßig hohen Gewinnen anderer Unternehmen erhalten. Die Angestellten und Arbeiter der Regierung erhalten zum Ausgleich eine Gratifikation, die dem Entgelt von zehn Arbeitstagen entspricht („New York Times“, 18. 5. 62). Die Gewinnbeteiligungen bewegen sich in Wirklichkeit also in den Grenzen der in Ägypten auch sonst üblichen Gratifikationen.

Die 20 Millionen Fellachen werden von diesem „Geschenk“ nicht unmittelbar profitieren. Nasser versprach ihnen dafür höhere Preise für ihre Erzeugnisse, niedrigere Preise in den Einkaufskooperativen und größere Gewinne durch die erhöhte Kaufkraft der Arbeiter. Diese Rechnung ist bemerkenswert und setzt ökonomische Wunder voraus, oder aber die Teilung der ohnehin nicht sehr großen Gewinnausschüttung.

Außer der Landreform und der Förderung aller Arten von Kooperativen hat Nasser von einschneidenden Maßnahmen in der Landwirtschaft Abstand genommen. Die Gründung von teilkollektivierten Mustersiedlungen in der sogenannten Befreiungsprovinz (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 72) ist offenbar gescheitert, jedenfalls hört man nichts mehr davon. Der Privatbesitz an Boden und die Vererbbarkeit des Bodens soll in den Grenzen des Bodenreformprogramms beibehalten werden.

Im allgemeinen wird man in Ägypten keine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse feststellen können. Sieht man von einigen Gruppen ab, die unmittelbar von den Reformen profitiert haben, den 250 000 Bauern, die wenigstens nach der Statistik in den Besitz von Boden gekommen sind, und der neuen Schicht von Regierungsfunktionären, so hat sich für die Masse der Bevölkerung kaum etwas geändert. Die Bauern sind zwar wirklich zu Boden gekommen, aber der ungewöhnlich große Bevölkerungszuwachs (1961: 600 000, 1962: 800 000 geschätzt) hat wahrscheinlich die Zahl der landlosen Bauern weiter vermehrt. Das Pro-Kopf-Einkommen soll angeblich 118 Dollar betragen (nach „New York Times“, 23. 7. 62). Die Reallöhne oder Einkommen scheinen aber nur unerheblich gestiegen zu sein, und es ist bereits als ein Erfolg anzusehen, daß der Lebensstandard im allgemeinen gehalten werden konnte.

Von der mit größter Energie betriebenen Industrialisierung erwartet man nichts weniger als Wunder, nämlich eine Verdoppelung des Volkseinkommens binnen zehn Jahren. Die ägyptische Industrie leidet aber schon heute auf man-

chen Gebieten an Überproduktion, und die Konkurrenzfähigkeit der ägyptischen Erzeugnisse kann durch billige Arbeitskraft allein kaum gewährleistet werden. Sogar das wichtigste Exportprodukt Ägyptens, die langfaserige Baumwolle, ist längst nicht mehr konkurrenzlos. In Südamerika werden heute schon ähnliche Qualitäten erzeugt, und die synthetischen Produkte setzen der Ausweitung des Marktes Grenzen.

Nasser hat sich dazu entschließen müssen, die Geburtenkontrolle zu propagieren, wovon er bis jetzt nichts wissen wollte. Dieser Schritt wird für Nasser einen Prestigeverlust nach sich ziehen. Für den Araber ist die große Familie Teil seines Sozialprestiges. Das Argument, daß er weniger Kinder in die Welt setzen soll, um mehr essen und länger leben zu können, dürfte wenigstens auf dem Land auf Unverständnis stoßen (nach einer Umfrage bei 8000 Frauen sollen in den Städten 24%, dagegen auf dem Land nur 1% der Frauen auf irgendeine Weise versucht haben, den Familienzuwachs zu regulieren [„New York Times“, 1. 6. 62]).

Wenn auch die Sozialisierung der letzten zwei Jahre noch keine nennenswerten Erfolge zeitigte, so ist es doch schon beachtenswert, daß sie — so scheint es jedenfalls — ohne größere wirtschaftliche Rückschläge durchgeführt werden konnte. Das liegt vor allem wohl daran, daß die Revolution auf dem Verordnungswege durchgeführt wurde. Die Regierung konnte die sozialisierten Betriebe intakt übernehmen. Der Verlust der wirtschaftlichen Führungskräfte machte sich zwar in den ersten Monaten bemerkbar, im großen und ganzen soll aber die Übernahme, die oft nur in einer Änderung der Zusammensetzung der Verwaltung und des Aufsichtsrates bestand, reibungslos verlaufen sein. Hinzukam die großzügige Wirtschaftshilfe sowohl der Sowjetunion als auch der USA, die es Ägypten ermöglichte, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich aus der forcierten Industrialisierung ergaben, ohne sichtbare Erschütterungen des Systems zu überstehen. Selbst die Folgen der Mißernte des Jahres 1961 konnten dank der großzügigen Hilfe der USA wenigstens zum Teil überwunden werden. Ein übriges tat der Raub Nassers an ausländischem und inländischem Eigentum. Diese Quelle ist nun erschöpft, und erst die nächsten Jahre werden zeigen, was die sozialistische Planwirtschaft Nassers zuwege bringt.

Neue außenpolitische Tendenzen

Die Sezession Syriens führte auch zu einer Änderung der Außenpolitik Ägyptens. Die ägyptische Außenpolitik basiert auf nichts weniger als auf dem Führungsanspruch Ägyptens in der arabischen Welt. Das Rezept Nassers war einfach und radikal: Vereinigung der arabischen Staaten unter ägyptischer Führung, Kampf gegen jede andere Vereinigung arabischer Staaten, die diesen Führungsanspruch in Frage stellte. Die Vereinigung der arabischen Staaten wurde dabei unter nationalistischen, antiimperialistischen und neutralistischen Parolen gefordert. Die wesentlich antiwestliche Politik, die hier zum Ausdruck kam, ergab sich vor allem aus dem alten Antagonismus zwischen Bagdad und Kairo. Da Bagdad durch seine Zugehörigkeit zum sogenannten Bagdadpakt im westlichen Lager stand, versuchte Nasser diese Gruppierung durch eine neutralistische Politik, die er antiimperialistisch nannte, zu stören.

Nach den guten Erfahrungen, die Nasser in Ägypten mit seiner Revolution auf dem Verordnungsweg gemacht

hatte, glaubte er offenbar, daß es genüge, eine Regierung zum Anschluß zu bewegen und alles übrige der Zeit zu überlassen. Nasser war trotz seiner antimonarchistischen und antibürgerlichen Einstellung bereit, mit jedem arabischen Staat zu paktieren, sofern nur sein Führungsanspruch anerkannt wurde. So konnte Nasser die Vereinigte Arabische Republik und den Jemen zu einem Staatenbund, den Vereinigten Arabischen Staaten, vereinigen, obgleich das Regime des Imams von Jemen zweifellos das rückständigste der arabischen Staaten war. Nasser wollte zuerst die arabische Einheit und dann den Sozialismus realisieren (wobei immer noch zu fragen ist, ob er auf seinen Sozialismus nicht verzichtet hätte, wenn man seinen nationalistischen Führungsanspruch anerkannt hätte) und begründete dieses Vorgehen damit, daß es schwer sein würde, Staaten mit verschiedenen Wirtschaftsordnungen miteinander zu vereinen. Die Wende in der Politik Nassers trat eigentlich schon ein, als dem Unionsstreben Nassers im Irak, in Jordanien und im Libanon unüberwindliche Hindernisse entstanden und die ägyptische Außenpolitik nur noch eine fortgesetzte Reihe von Fehlschlägen aufzuweisen hatte.

Nach der Sezession Syriens radikalisierte sich der sozialistische Kurs im Innern, aber auch der außenpolitische Kurs wurde geändert. Nasser sucht nun — angeblich — nicht mehr die Vereinigung der arabischen Staaten, sondern die Angleichung der sozialen Verhältnisse in den arabischen Staaten, dann erst soll die Vereinigung erfolgen. Das neue Schlagwort der ägyptischen Propaganda lautet: „Zuerst Einheit der Ziele, dann Einheit der Fronten“ („Neue Zürcher Zeitung“, 31. 3. 62). Wenigstens Nassers Propagandisten rechnen mit der Ausstrahlungskraft der „Errungenschaften des arabischen Sozialismus“.

Die Änderung der Methode und auch der Zielsetzung war zwangsläufig. Der Panarabismus Nassers bricht sich heute am arabischen Bürgertum, das den Hegemonieansprüchen Nassers nach den Erfahrungen in Syrien noch weniger willfahren will als zuvor. Die Entwicklung in Syrien ließ Nasser erkennen, daß die antiimperialistische und neutralistische Basis nicht mehr tragfähig ist. Der Irak und Syrien sind heute antiimperialistisch, neutralistisch und arabisch zugleich und dennoch gegen Nasser eingestellt.

Nassers Außenpolitik wird sich also auf die Förderung subversiver sozialistischer Bewegungen in den arabischen Staaten konzentrieren. Ob dieser Politik mehr Erfolg beschieden ist als der panarabischen Politik, bleibt abzuwarten. Nasser hat die Gefolgschaft der syrischen Sozialisten verloren, weil diese sein persönliches Regime (unter dem sie selber nicht zum Zuge kommen konnten) ablehnten. Er wird nun vielleicht auch noch die Gefolgschaft unter den Kleinbürgern verlieren, die von Nasser ein sicheres und stabiles Regime erwarteten, das sie zugleich in den Genuß eines Abglanzes nationaler Größe bringen würde. Abgesehen von diesen Änderungen der Losungen, ist Nassers Außenpolitik noch zwiespältiger geworden, als sie es bisher war. Er hat die Niederlage in Syrien persönlich nicht verwinden können und versucht nun durch Unterstützung einer terroristischen Aktivität seiner Anhänger die politische Instabilität in diesem Lande in ein regelrechtes Chaos zu verwandeln, um so zu beweisen, daß Syrien ohne ihn nicht existieren kann. Er steht dabei offenbar unter dem Einfluß seines ehemaligen Vizepräsidenten Sarradsch (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 268), dem es inzwischen gelungen ist, aus Syrien zu fliehen und wieder seinen Frieden mit Nasser zu machen.

Diese Politik wird aber eher den Erfolg haben, daß sich Syrien stärker an die Gegner Nassers hält. Jedenfalls macht sie die Aussichten auf eine positive Beziehung zwischen Syrien und Ägypten zunichte. Auf der anderen Seite zieht sich Nasser von den übrigen arabischen Staaten zurück, und zwar auch in der Palästina-Politik, offenbar in der Meinung, daß die arabischen Staaten sich am Ende aus Furcht vor Israel um seine Unterstützung bemühen werden. Zugleich mußte Nasser seine antiwestliche Politik etwas revidieren, da er mehr denn je auf die Wirtschaftshilfe der USA angewiesen ist, die ihm in letzter Zeit fast ohne Bedingungen gewährt wurde.

Hier aber gibt sich Nasser eine gefährliche Blöße. Die Propaganda seiner Gegner konzentriert sich jetzt darauf, zu zeigen, daß Nassers Stillhalten in der Palästina-Politik der Preis ist, den er für die amerikanische Wirtschaftshilfe zu zahlen hat. Nach allem, was Nasser selber bisher über die Hilfe des Westens gesagt hat, könnte er nun ein Opfer seiner eigenen Propaganda werden. Die Gefahr besteht nicht darin, daß Nasser seine Anhängerschaft außerhalb Ägyptens verlieren könnte, sondern darin, daß er das Vertrauen der ihm bisher ergebenen ägyptischen Offiziere verliert, der einzigen Macht, auf die sich sein Regime stützt.

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

Rückblick auf die Erste Konzilsperiode

Das Konzil hat in seiner Ersten Sitzungsperiode einen kräftigen Anlauf genommen, um sein Ziel zu erreichen; nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Papst hat das Ziel oftmals proklamiert: eine Selbstdarstellung der Kirche im Geiste ihrer vier klassischen Kennzeichen, der Einheit, der Heiligkeit, der weltumspannenden Weite, um deren willen sie sich katholisch nennt, und der Treue zur Überlieferung, die sie von den Aposteln empfangen hat.

In der Proklamation des Zieles liegt das Eingeständnis, daß der Glanz der Kennzeichen verblaßt ist, denn sonst wäre die Darstellung durch ein Ökumenisches Konzil nicht notwendig gewesen. Man hat das zwar nicht in einem öffentlichen Schulbekenntnis ausgesprochen, es sei denn in einer etwas verschämten Form durch das Gebet, mit dem die Sitzungen jeweils eröffnet wurden. In ihren Reden aber haben es viele Väter in aller Deutlichkeit gesagt, und das kam unerwartet. Das Konzil hat sich darüber Rechenschaft abgelegt, daß „die hierarchische Kirche in ihrem Wesen für viele Menschen, auch für manche Katholiken, unverständlich geworden ist“ (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 529), weil man an ihr zwischen dem Vermächtnis Jesu Christi, das die Apostel überliefert haben, und dessen geschichtlichen Überlagerungen nicht mehr klar genug unterscheiden kann. Papst Johannes hat das Stichwort „aggiornamento“ geprägt. Das Konzil zeigte sich willens, dieses Wort nicht nur im Sinne einer oberflächlichen Anpassung und Stiländerung aufzufassen, sondern sehr gründlich zwischen apostolischer und späterer Tradition zu unterscheiden, um von den geschichtlichen Überlagerungen das abzuwerfen, was heute Ballast geworden ist. Der Heilige Vater selbst soll einem Besucher gesagt haben, das Konzil müsse der Kirche „frische Luft“ zuführen. Ein Konzilstheologe sprach davon, daß man in den Beschlüssen über die liturgische Reform „in der zweitausendjährigen Kirche das Knarren der sich öffnenden Portale“ vernommen habe. Diese und ähnliche bildliche Redewendungen drücken treffender aus, was erreicht worden ist, als wenn man eine Bilanz der konkreten Arbeitsergebnisse vorlegt. „Die unsichtbare Bilanz ist enorm“, sagte Kardinal Liénart in einem Interview am Ende der Tagung.

Nun sind aber auch die sichtbaren Resultate nicht gar so gering. Sie sollen nach und nach in dieser Zeitschrift gewürdigt werden, und zwar wird im nächsten Heft eine solche Würdigung des verabschiedeten ersten Kapitels der Konstitution über die Liturgie erscheinen.

Das Konzil und die Menschheit

Am 20. Oktober veröffentlichte das Konzil eine Botschaft an die Welt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 101). Darin versprachen die Bischöfe, daß sie sich auch der irdischen Nöte der Menschheit annehmen wollen. Sie nannten besonders den Frieden und die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit. Die Botschaft war improvisiert; sie stand nicht auf der Tagesordnung. Sie entsprang der Initiative von Konzilsvätern; der Papst trat dann deren Anregung bei. Diese Botschaft hat gleich am Anfang den Rahmen der vorbereitenden Traktanden, ja den Horizont des ganzen Konzils gesprengt. In ihr hat der Weltepiskopat zu erkennen gegeben, daß seine Vorstellungen von der Rangordnung der Dringlichkeiten sich orientieren wollen an jenem Wort des Herrn, das ihn in so ergreifender Weise als den Heiland erweist: „Mich erbarmt des Volkes“ (Mark. 8, 2). Das trifft sich mit dem Wort des Papstes in der Eröffnungsansprache, als er sagte, die Kirche müsse heute die „Heilmittel der Barmherzigkeit“ anwenden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 87).

Die Worte jener Botschaft, in der die Bischöfe der Menschheit ihre Solidarität und Hilfe in den Nöten des Leibes und der Seele versprochen haben, sind in die Akten des Konzils, aber auch in das Gedächtnis der Welt eingeschrieben. Diese Versprechen müssen eingelöst werden. Manche Konzilsväter haben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß man sich nicht schon gleich daranbegeben hat, und besonders aus diesem Grunde fanden sie das sachliche Ergebnis der letzten Wochen mager, so Kardinal Léger. Doch sind die Vorbereitungen im Gange. Es kursiert bereits ein Entwurf für eine Stellungnahme zum Friedensproblem. Diese Stellungnahme kann natürlich nicht so aussehen, daß die Kirche politisch Partei ergreift. Sie kann nur Gehör finden, wenn das Konzil sich von der ihm zukommenden höheren Ebene der religiösen und ethischen Wahrheit aus in ähnlicher Weise an alle Mächtigen dieser Welt wendet, wie das einst die Propheten Israels getan haben. Man muß ihr anmerken, daß das Konzil die geistige Friedensmacht der ganzen katholischen Christenheit repräsentiert, die ja gerade in diesem Anliegen unter allen Menschen guten Willens zahllose Bundesgenossen finden kann. Sie muß den Verantwortlichen ins Gewissen rufen, daß die Menschheit eine Familie ist, daß es deshalb zur Regelung von Streitigkeiten nur den Weg der Verhandlung geben darf, daß der Krieg heute schlechter ist